Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Forum Berlin

Tagung

Teil haben – Teil sein
Politische Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft

am Dienstag, den 7. Juni 2016, 12:30 – 17:30 Uhr
in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2, Hiroshimastr. 28, 10785 Berlin

Ergebnisse der Praxis- und Thementisch der Tagung „Teil haben – Teil sein. Politische Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft" am 7. Juni 2016

Leitfragen der Diskussion:

1) **Bestandsaufnahme: Wie ist Partizipation heute, was klappt, was nicht?**
2) **Was brauche ich bzw. meine Organisation, damit mehr politische Partizipation gelingt?**
3) **Welche Änderungsvorschläge für die Rahmenbedingungen politischer Teilhabe von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte sehen wir?**

Thema 1: Politische Partizipation in der Kommune – das Beispiel Nürnberg
Impulsgeberin: Diana Liberova, Mitglied im Stadtrat Nürnberg (SPD)

1) Bestandsaufnahme: Wie ist Partizipation heute, was klappt, was nicht?

- -kulturelle Hürde: evtl. weniger Vertrauen in das demokratische System oder in eigene Partizipationsmöglichkeiten
- -sprachliche Hürde: mangelnde Sprachkenntnisse verhindern teilweise die Teilhabe →die SPD Nürnberg veröffentlichte daher ihr Kommunalwahlprogramm in leicht verständlicher Sprache, was auf positive Resonanz stieß
- -Geringe Repräsentanz von Mensch mit Migrationshintergrund in öffentlicher Verwaltung wegen -Einstellungshürden (gekoppelt an Staatsbürgerschaft)

Das Beispiel des Integrationsrats in Nürnberg:

- Direkte Wahl der Mitglieder
- Soll die Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund stärken
- hoher Aufwand für Wahlmobilisierung, aber geringe Teilnahme (6-7%)

- hat Geschäftsstelle und ½ Stelle, um bei Anträgen etc. zu unterstützen
- darf über Verteilung von Geldern an Integrationsprojekte mitbestimmen
- (war) quotiert nach Bevölkerungsanteil der einzelnen Gruppen
- Vorsitzende_r hat Sitz im Ausschuss des Stadtrates (ohne Stimmrecht)
- Vorsitz als Sprungbrett in andere politische Funktionen

Erfolge:

- SPD-Fraktion hat durch gezielte Listenplatzierung ca. 20% Menschen mit Migrationshintergrund in den Rat gebracht

Hemmnis/ Probleme:

- Schwierige politische Landschaft in Bayern

2) Was brauche ich bzw. meine Organisation, damit mehr politische Partizipation gelingt? und Handlungsempfehlungen an die Politik

Ansätze für mehr Partizipation:

- für mehr Akzeptanz von Migration: Städte/ Kommunen sollten eigene Migrationsgeschichte aufarbeiten und präsentieren
- Migration nicht als neues Phänomen behandeln, sie war immer schon da
- Aufzeigen von Erfolgen

Good Practice Beispiel Wedding/ Moabit:

- Bürgerplattform als Gremium für Partizipation
- setzt sich zusammen aus Gemeinden, Gruppen, Vereinen etc.
- bildet durch „Grassroots-Ansatz“ Gesellschaft gut ab
- erarbeitet Handlungsvorschläge für Kommunalpolitik, weist auf wichtige Themen für Antworten hin
- mehr und breiterer politischer Diskurs in Zuwanderungsgemeinschaften und zu kommunalen Themen nötig

Thema 2: Repräsentation fördern – das Projekt „Vielfalt entscheidet – Diversity in Leadership“
Impulsgeber: Daniel Gyamerah, Citizens for Europe, Projektleiter „Vielfalt entscheidet – Diversity in Leadership“

1) Welche Änderungsvorschläge für die Rahmenbedingungen politischer Teilhabe von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte sehen wir?

Zentrale Ergebnisse der Gruppenarbeit und Vorschläge:

1) Erhebung von Gleichstellungsdaten (an die Bundesintegrationsbeauftragte und das Abgeordnetenhaus herantragen?) →Vorbild Kanada → employment equity act[1]
2) Vielfältige Wohnquartiere: Diversität im Wohnungsmarkt; Ghettoisierung verhindern;
3) Wahlrecht auf kommunaler und Landesebene für Ausländer_innen
4) Digitales + Teilhabe zusammendenken (Bsp.: WLAN in Unterkünften von Geflüchteten)
5) Vergaberecht: Diversity beachten (Analog zum LGG sollten öffentliche Gelder nur unter Berücksichtigung umfassender Diversity-Maßnahmen vergeben werden)
6) Aktive Gleichstellung: Frauenförderung deckt nicht das ganze Spektrum ab; Menschen die Rassismuserfahrungen machen (People of Color und Schwarze Menschen) mit ähnlichem Instrumentarium fördern
7) Anreize für mehr Diversity bei Unternehmern schaffen
8) Strukturförderung und Regelförderung für Migrantenselbstorganisationen
9) Betriebsräte sollten sich über die Förderung von Frauen hinaus mehr für Vielfalt und Inklusion einsetzen
10) Langfristig: Schulfach/ Unterricht an Schulen → „was ist deutsch?“ vs „was sind strukturelle Zugangsbarrieren“ → Denkmuster hinterfragen

[1] Zitat aus dem Gesetz: “[The Act] requires employers to engage in proactive employment practices to increase the representation of four designated groups: women, people with disabilities, Aboriginal peoples, and visible minorities.”

Thema 3: Wahlbeteiligung von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte
Impulsgeber: Dr. Andreas Wüst, Integrationsministerium Baden-Württemberg

1) Bestandsaufnahme: Wie ist Partizipation heute, was klappt, was nicht?

- Diskriminierung in Parteien wird nicht von den Betroffenen angesprochen (da sie Nachteile innerhalb ihrer Partei fürchten und solidarisch sind mit ihrer Partei)
  -Quoten werden erfüllt →hohe Fluktuation der Kandidaten
  -auch positive Diskriminierung (authentischer)
- Linksorientierte Parteien stellen mehr Menschen mit Migrationshintergrund (MMH) auf, konservative Parteien mittlerweile auch
- Allein die Präsenz (auf Listen) wirkt partizipationsfördernd
- Viele MMH haben keine Kenntnisse über das politische System/ Schwerpunkte der Parteien →auch trotz hohem Bildungsgrad
- Hoher sozialer Status bei MMH führt zu mehr Partizipation als bei vergleichbaren Gruppen ohne Migrationshintergrund →auch Bildungsaspiration ist höher
- Krisensituationen können hohe Wahlbeteiligung hervorrufen, was positiv zu bewerten ist. Krisen können allerdings auch die Akzeptanz populistischer und/oder menschenfeindlicher Politikangebote fördern.

2)Welche Änderungsvorschläge für die Rahmenbedingungen politischer Teilhabe von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte sehen wir?

- Vorhandene Daten (Umfragergebnisse?) der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen
- Förderung der politischen Teilhabe durch mehr Sichtbarkeit von MMH in Schlüsselpositionen (Parteien, Ministerien, öffentlichen Institutionen) →Identifikation
- Aber: Grenze durch (1) Karriereorientierung zu Lasten der Sachpolitik (wie bei allen Politiker_innen!), (2) Isolation durch extreme Positionen, (3) Problem der „Berufsmigranten“ Interessenvertretung

Hinweis: zu diesem Thema finden Sie hier LINK eine Präsentation des Referenten.

Thema 4: Politische Partizipation von Geflüchteten
Impulsgeber: Musa Bala Darboe, Initiative Jugendliche ohne Grenzen

1) Bestandsaufnahme: Wie ist Partizipation heute, was klappt, was nicht?

Sprache/ Kommunikation:
Sprachbarriere hinderlich für Partizipation
mehr Gespräche mit anstatt Gespräche über betroffene Gruppen (Geflüchtete/ MMH) →keine Stellvertreterpolitik, sondern Dialog auf Augenhöhe; Menschen für sich selbst sprechen lassen, da sie die Dinge selbst an eigener Haut erfahren haben („who feels it knows it")

Bürokratie:
- deutsche Bürokratie ist hinderlich für Effizienz der Initiative/ **Rechtsgrundlagen** müssen verbessert werden: „Jugendliche ohne Grenzen" ist eine Initiative, hat daher rechtlich gesehen keinen Zugang zu Fördermitteln (wie z.B. ein e.V.)→Wunsch nach Änderung der gesetzlichen Grundlagen, so dass auch Initiativen Zugang zu Fördermitteln erhalten
- die Initiative stützt sich auf „gute Beziehungen" und intensive Gespräche mit Vertretern aus Politik, u.a. z.B. jährliches Zusammenkommen und Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend → wird von Seiten der Politik sehr wohlwollend aufgenommen und unterstützt
- Problem: kein „konstanter" Ansprechpartner und auch keine professionelle Rechtsberatung für die Initiative→hier Verbesserung notwendig; dies ist aber auch z.T. schwierig wegen der Rechtsform „Initiative" (und nicht als Verein)?!
- erfolgreiche Aktionen der Initiative wie z.B. das Projekt „Gute Nachbarschaft", wo sich Geflüchtete auf einem Flyer in der Nachbarschaft vorstellen, um sich so vorzustellen, Ängste abzubauen und die Realität „nach außen zu tragen"
- Forderung nach privater Wohnsphäre für Geflüchtete konnte in NRW durchgesetzt werden durch die Initiative

2) Was brauche ich bzw. meine Organisation, damit mehr politische Partizipation gelingt?

- Überzeugungsarbeit leisten bei den deutschen Bürgern: auch diese müssen MMH/ Geflüchtete anerkennen, kennenlernen, Ängste müssen abgebaut werden durch Begegnungen, sonst laufen alle politischen Vorschläge und Gesetzesinitiativen ins Leere bzw. am Bürger vorbei
- Kontakt und Zusammenarbeit mit Gremien auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, die über Verteilung von Fördermitteln bestimmen, ist zwingend notwendig! →"mit am Topf der Gelder sitzen → evtl. problematisch wegen der Rechtsform (laut Herrn Daboe)?!
- weitere Professionalisierung der Initiative
    - mehr Networking mit anderen Akteuren
    - mehr Dolmetscher in der Initiative beschäftigen, um die vielfältigen Sprachen der Geflüchteten abzudecken

- „duale“ Arbeitsstruktur der Initiative: sowohl in/mit der Politik (z.B. um Gesetzgebung positiv zu beeinflussen) als auch in der Bevölkerung (Akzeptanz für Geflüchtete steigern) → nur dann kann Integration und Teilhabe gelingen

3) Welche Änderungsvorschläge für die Rahmenbedingungen politischer Teilhabe von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte sehen wir?

- mehr + effektive Zusammenarbeit mit Politikern
- politische Partizipation & Initiativen sollte von den Betroffenen selbst (von „unten“) kommen, da diese selbst am besten wissen, was sie bewegt, wo Handlungsbedarf besteht → dazu muss mehr **mit** den Leuten als über sie gesprochen werden
- evtl. wäre es sinnvoll, die Interessen Geflüchteter Menschen zu bündeln und einen großen Dachverband zu gründen
- bürokratische Hürden abschaffen →leichterer Zugang zu staatlichen Fördermitteln auch für die Rechtsform Initiative → so auch mehr Planungssicherheit →mehr Inklusion und Zugang für alle Menschen

  → Risiken wie z.B. der mögliche Geldmissbrauch durch die Rechtsform „Initiative“ dürfen nicht als Vorwand genutzt werden, Fördermittel grundsätzlich zu verweigern, vielmehr müssen Sanktionen geschaffen werden um dies zu unterbinden

  → mögliche Idee: für Projektideen gezielt Antrag auf ein Fördermittel stellen, im Gegenzug danach eine „Quittung“ vorlegen, in was das Geld genau investiert wurde → Kontrollmechanismus

  → andere Idee: individuelle Hilfe beantragen (Bürgschaften von Kirchen, Netzwerken, Stiftungen)

Forderungen der Initiative „Jugendliche ohne Grenzen“ sind:

(1) Krankenversicherung für alle Geflüchteten in allen B-Ländern
(2) eigener Wohnraum →Privatsphäre
(3) Rechtsberatung für Geflüchtete und für die Initiative selbst

Thema 5: Rassismus und Diskriminierung als Verhinderer politischer Teilhabe
Impulsgeber: Prof. Dr. Vassilis Tsianos, Fachhochschule Kiel

1) Bestandsaufnahme: Wie ist Partizipation heute, was klappt, was nicht?

Nicht-Wahrnehmung der Normalität von Migration
Variierende Wahrnehmungen von Integration in Mehrheitsgesellschaft (Assimilation)
→Integration = soziale Inklusion

<u>Historisch:</u>

- Konzept der partiellen Integration (SPD 1970er)
- „Rückkehrorientiere Integration" →politische Verhinderungsinstrumente
- Leitkultur und Multikulturalismus
- Differenz und Teilhabe in der postmigrantischen Gesellschaft
- Zugehörigkeit →Perspektive von Betroffenen (Diskriminierung)
- demografischer Wandel als Partizipationswandel
- Mehrfachzugehörigkeit berücksichtigen

2) Was brauche ich bzw. meine Organisation, damit mehr politische Partizipation gelingt?

Antidiskriminierungsgesetzgebung
Problem: Täter beweisen Nicht-Diskriminierung
Vage Definition des Rassismus-Begriffs
Auf Begrifflichkeiten achten
Frage: was ist überhaupt „deutsch"? →gesellschaftlicher Diskurs (z.B. Kunst o.ä. miteinbeziehen)
soziohistorischer Blick auf gelungene Vielfalt (im 2. Weltkrieg zerstört, aber war bereits vorhanden)
Benachteiligung von Frauen bekämpfen

3) Welche Änderungsvorschläge für die Rahmenbedingungen politischer Teilhabe von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte sehen wir?

Diskriminierung auf Wohnungsmarkt bekämpfen
antimuslimischen Rassismus erkennen und in teilhabeorientierte Politiken investieren
Alltagsrassismus: Nicht-Wahrnehmung von Titeln, Nicht-Erkennen oder Leugnen von Rassismus
Bewusstsein über Rassismus in Gesellschaft und Institutionen stärken:

- Diversity-Ansatz voraussetzen
- Sensibilisierung
- Antirassistische Pädagogik

Diskriminierungsfreie antirassistische Partizipation: diversity Verhaltenskodex in Institutionen und Gesellschaft einführen
Gesellschaftliches Klima, das auf Gemeinsamkeiten basiert; Organisationen stärken
Umfassende Diskussion über Rassismus und Erfahrung im Umgang mit Rassismus

- Situation und Erfahrungen ernst nehmen und institutionell bearbeiten
- Antidiskriminierungsstellen: AGG Rahmenbedingungen, Ausstattung, Macht, institutioneller Rassismus

- politische öffentliche Anerkennung von Rassismus & Diskussion mit der Bevölkerung über Rassismus
- messbare Abgabe von Privilegien der Mehrheitsgesellschaft, Politik der antirassistischen Umverteilung

Evaluierung der bestehenden Politiken, inkl. Praktiken positiver Diskriminierung
Berücksichtigung des gesellschaftlichen Wandels und Anpassung der Maßnahmen an diesen
nicht „über" sondern „mit" sprechen; interessenorientierte Zusammenarbeit nach individuellen Bedürfnissen

Thema 6: Möglichkeiten zur Förderung politischer Partizipation von Geflüchteten
Impulsgeber: Prof. Dr. Roland Roth, DESI-Institut Berlin

1) Bestandsaufnahme: Wie ist Partizipation heute, was klappt, was nicht?

- es braucht mehr Partizipation und Engagement von Anfang an, und nicht erst wenn Aufenthaltsstatus sicher ist →wirksamster entwicklungspolitischer Beitrag →sehr früh ansetzen für einen Integrationsprozess
- das allgemeine Gefühl, überrollt worden zu sein von der ganzen Situation, keine richtigen Voraussetzungen geschaffen
- Offenheit in der lokalen Gesellschaft fördern und stärken →zivilgesellschaftliche Organisationen systematischer einbeziehen und Begegnungsstellen schaffen, als Mittler einsetzen
- Dialogstrukturen auf lokaler Ebene fördern →lokale Öffentlichkeit herstellen, lokale Netzwerke und Kooperationen
- engagierte Kommunalpolitik unerlässlich (politische Spitzen in Kommunalpolitik „aktivieren" für Offenheit)
- Konfliktaustrag zivilisieren und Moderationsarbeit (konstruktiv)

3) Welche Änderungsvorschläge für die Rahmenbedingungen politischer Teilhabe von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte sehen wir?

- Forderung des kommunalen Wahlrechts für Geflüchtete zur Debatte gestellt
  →Frage: wie lange dauert es bis zur Umsetzung? Sprachbarriere, Selbstbild der Geflüchteten
  →Problem: Dringlichkeit der Durchsetzung dieser Regelung
  →bei Unterkünften, in denen Geflüchtete wohnhaft sind, die schon länger in Deutschland sind, wurde bereits angefangen die o.g. Punkte umzusetzen; Budget ist in diesem Zusammenhang das Hauptproblem
- keine Passivität: nicht darauf warten, bis sich all das selbst organisiert sondern Institutionen schaffen, die proaktiv die Beteiligung v. Geflüchteten fördern
- die Punkte von oben sollen zur politischen Bildung führen und Demokratie näher bringen, unabhängig von Herkunft und Bildungsgrad der Geflüchteten →"Demokratie lernen" als Grundidee →Beitrag zur politischen Teilnahme erhöhen
- unbedingt Beteiligung sowohl von deutscher Seite aus als auch von den Geflüchteten
- ood practice Beispiel: Pastor Baptistenkirche in Wedding-Moabit unterstützt u.a. Moscheen für Austausch und Hilfe
- Die Selbstverwaltung von Geflüchteten muss zunehmen: Dialogformen, Selbstorganisation fördern und nicht den Geflüchteten von Anfang an Strukturen aufdrücken, sondern Entfaltungsmöglichkeiten geben
- auch andere eine Stimme erheben lassen: konkret z.B. in Unterkünften →Beratung und Unterstützung →keine Passivierung der Geflüchteten, Aktivitäten fördern und Möglichkeiten zur Eigengestaltung geben

- lokale Koordinierungsstellen schaffen, wirksame Interessenvertretung fördern, Budget bereitstellen (nicht unbedingt als Bezahlung sondern als Möglichkeit, um Ideen umsetzen zu können)
- dauerhafte und nachhaltige Möglichkeiten finden
- Gruppen als Möglichkeit für den Einzelnen, sich einzubringen und zu engagieren

Thema 7: Empowerment als Voraussetzung für politische Partizipation – das Beispiel JUMA
Impulsgeberin: Lydia Nofal, RAA Berlin, Projektleiterin JUMA – jung, muslimisch, aktiv, und drei Mitglieder von JUMA

1) Bestandsaufnahme: Wie ist Partizipation heute, was klappt, was nicht?

- Muslime sprechen über Muslime, aber werden weniger zu Politik gefragt und gehört
- Politiker_innen sind oft offen, aber die Strukturen nicht bzw. in der Realität doch schwieriger
- Migranten/ Muslime werden oft als Sonderbereich behandelt →auch teilweise Ausschluss vom gesamtgesellschaftlichen Diskurs?
- JUMA tritt für den Dialog zwischen den Gemeinden ein →Aktive wollen in die Gesellschaft hineinwirken, Wechselbeziehungen, Multiplikator_innen
- es gibt zu wenig Angebote für muslimische Jugendliche
- ein gutes Projekt ist „interreligious peers": Tandems (verschiedener Religionen), die in Schulen gehen
- in Städten wie Berlin gibt es mehr interkulturelle Offenheit
- insgesamt fehlt es aber an Dialog und Bewusstsein für strukturelle Veränderungen; Diversität
- nur 6% Muslime im Bundestag →fehlende Repräsentativität
- Konflikte, Interessen, Bedürfnisse von Muslim_innen werden in politischen Diskursen wenig gehört
- Problem: Alltagsrassismus an den Unis
- das „Anders gemacht werden" / othering und für alle Muslime sprechen zu müssen ist anstrengend →differenzierteres Bild und mehr Sprachrohre sind notwendig!

2) Was brauche ich bzw. meine Organisation, damit mehr politische Partizipation gelingt?

- JUMA: Plattform für junge Muslim_innen: Gehör verschaffen, Netzwerken, Öffentlichkeitsarbeit →für gesellschaftliche und politische Anerkennung und Teilhabe
- in mediale Diskurse einbringen, Kampagnen, Fortbildung
- auch Verbindung zu künstlerischen Projekten (I,slam)
- →dadurch immer viele engagierte und interessierte Menschen, also enormes Interesse an persönlicher und politischer Partizipation
- Medien neu verstehen und aktiv für sich nutzen
- JUMA braucht die Möglichkeit, junge Muslim_inne zu Medienmachern auszubilden

3) Welche Änderungsvorschläge für die Rahmenbedingungen politischer Teilhabe von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte sehen wir?

- gesellschaftlich-politische Partizipation braucht Unterstützung damit alle Teile der Gesellschaft reden und mitgestalten können →offene Zugänge und Rahmenbedingungen schaffen
- Problem: Empowerment wird oft nicht finanziell gefördert, eher z.B. Prävention Islamismus
- viele Arbeitsgruppen, z.B. Mediengruppen, Bildungsinitiativen
- ansprechend, weil es von jungen Menschen für junge Menschen gemacht wird und es viele neue Möglichkeiten gibt, sich selbst einzubringen
- im kulturellen Bereich ist Teilhabe einfacher→ weil offener? Im politischen Bereich fehlt Bewusstsein, sich für die Muslime und den Islam zu öffnen, und es fehlt generell an Diversität
- es muss Bewusstsein geschaffen werden, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Strukturen zu öffnen
- es gibt eine große muslimische Vielfalt, nicht nur ein Sprachrohr →es müssen noch mehr muslimische Stimmen in den Medien sein→der Zentralrat der Muslime gilt oft als Repräsentant, spricht aber nur für seine Mitglieder

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Forum Berlin

Tagung

Teil haben – Teil sein
Politische Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft

am Dienstag, den 7. Juni 2016, 12:30 – 17:30 Uhr
in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2, Hiroshimastr. 28, 10785 Berlin

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben einer Gesellschaft – das wäre eine integrierte Gesellschaft. Doch in der Realität bestehen Teilhabehindernisse, nicht nur für Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte, aber auch und oftmals gerade für diese. Im Rahmen des Themenjahres „Teil haben – Teil sein“ der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration wird in zahlreichen Veranstaltungen über Wege nachgedacht, die mehr Teilhabe eröffnen und bestehende Diskriminierungen in der Einwanderungsgesellschaft abbauen können.
Die Tagung der Bundesintegrationsbeauftragten und der Friedrich-Ebert-Stiftung richtet den Blick auf politische Teilhabe von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte – seien sie schon in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland oder erst vor kurzem eingewandert. Dabei werden wir darüber nachdenken, welche Unterschiede in den politischen Teilhabemöglichkeiten bestehren und ob diese änderungsbedürftig sind, wie politische Repräsentation in der heterogenen Einwanderungsgesellschaft hergestellt werden kann, welche erfolgreichen Praxisprojekte politische Partizipation verbessert haben und welche Rahmenbedingungen im oben genannten Interesse einer gleichberechtigten Teilhabe aller herrschen müssen. Sie sind herzlich zu dieser Tagung eingeladen.

Programmentwurf:

12:30 Uhr **Begrüßung**
Dr. Dietmar Molthagen Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

12:40 Uhr **Partizipation für alle in einer sich ändernden Gesellschaft**
Staatsministerin Aydan Özoğuz, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

13:00 Uhr **Politische Partizipation im Einwanderungsland** – Podiumsdiskussion mit:
Dr. Aysun Aydemir, Bundesvorsitzende Türkische Gemeinde in Deutschland
Tahir Della, Vorstand Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.
PD Dr. Uwe Hunger, Universität Münster, Institut für Politikwissenschaft
Staatsministerin Aydan Özoğuz, MdB
Moderation: Breschkai Ferhad, Neue deutsche Organisationen

14:00 Uhr Mittagessen

14:45 Uhr **Arbeitstische zu folgenden Themen**
Tisch 1: **Politische Partizipation in der Kommune – das Beispiel Nürnberg**
Diana Liberova, Mitglied im Stadtrat Nürnberg

Tisch 2: **Repräsentation fördern – das Projekt „Vielfalt entscheidet – Diversity in Leadership“**
Daniel Gyamerah, Citizens for Europe, Projektleiter „Vielfalt entscheidet“

Tisch 4: **Wahlbeteiligung von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte**
Dr. Andreas Wüst, Integrationsministerium Baden-Württemberg

Tisch 4: **Politische Partizipation von Geflüchteten**
Musa Bala Darboe, Jugendliche ohne Grenzen e.V.
Moderation: Larissa Ordu, FES

Tisch 5: **Rassismus und Diskriminierung als Verhinderer politischer Teilhabe**
Prof. Dr. Vassilis Tsianos, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Fachhochschule Kiel

Tisch 6: **Möglichkeiten zur Förderung politischer Partizipation von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte**
Prof. Dr. Roland Roth, DESI-Institut Berlin

Tisch 7: **Empowerment als Voraussetzung politische Partizipation**
Lydia Nofal, RAA Berlin, Projekt JUMA – jung, muslimisch, aktiv

16:15 Uhr Kaffeepause

16:30 Uhr **Politische Partizipation – eine Frage der Gerechtigkeit**
Abschlussdiskussion über die den an den Arbeitstischen entwickelten Thesen im Plenum sowie mit:
Sanchita Basu, Migrationsrat Berlin-Brandenburg
Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement
Ülker Radziwill, MdA, stv. Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus
Prof. Dr. Vassilis Tsianos, Fachhochschule Kiel
Moderation: Breschkai Ferhad, Neue deutsche Organisationen

17:30 Uhr Ende der Konferenz

Wir sind's!
Die Einwanderungsgesellschaft gestalten

Verantwortlich
Dr. Dietmar Molthagen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
dietmar.molthagen@fes.de
Malti Taneja, Arbeitsstab der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration
Malti.Taneja@bk.bund.de

Gefördert aus Mitteln der DKLB-Stiftung.

LOTTO STIFTUNG BERLIN